

**Rückmeldung
zur öffentlichen Konsultation der
EU-Agenda für Städte**

Wien, 14. Mai 2025

Über den Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft

Unser Ziel ist es, Dienstleistungen der Daseinsvorsorge in hoher Qualität für alle zugänglich und leistbar zu machen. Der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft (VÖWVG) fördert dazu den Wissensaustausch und die Vernetzung von Unternehmen und Organisationen der Daseinsvorsorge mit Institutionen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, insbesondere in den Bereichen Energie- wirtschaft, öffentlicher Verkehr, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfallwirtschaft, wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung, Wohnen, Sozialdienstleistungen und Gesundheitswesen so- wie Bildung. Neben der Organisation von Informations- und Netzwerkveranstaltungen bereiten wir für unsere Mitglieder insbesondere auch Gesetzesinitiativen auf nationaler und EU -Ebene auf, um sie in der Erbringung ihrer essenziellen Dienstleistungen bestmöglich zu unterstützen.

Rechtsform: Verein

Sitz: Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

ZVR-Zahl (AT): 338965482

Zuständigkeit: LPD Wien, Abteilung für Vereins- Versammlungs- und Medienrechtsangelegenheiten

EU-Transparenzregisternummer: 643879152710-58

Einleitung – Die Bedeutung kommunaler Unternehmen und öffentlicher Akteure für prosperierende Städte in Europa

Der Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft (VÖWG) vertritt über 125 öffentliche und kommunale Unternehmen in Österreich und begrüßt daher ausdrücklich das Vorhaben der Europäischen Kommission, mit der neuen EU-Städteagenda eine strategische Vision für die urbane Entwicklung Europas zu schaffen. In dieser Stellungnahme legt der VÖWG den Fokus auf drei zentrale Handlungsfelder: Erstens die gezielte Investitionsförderung für öffentliche Infrastrukturen in den Bereichen Wohnen, Energie und Mobilität, zweitens die Entflechtung und bessere Zugänglichkeit der EU-Förderlandschaft für kommunale Akteure und drittens die Notwendigkeit, Städte als Umsetzungspartner europäischer Transformation strukturell zu stärken – insbesondere durch handhabbare Förderbedingungen und planbare Rahmenbedingungen für kommunale Unternehmen.

Die öffentliche Daseinsvorsorge ist eine tragende Säule des europäischen Gemeinwesens und des Wohlstandes in Europa. Öffentliche und kommunale Unternehmen gewährleisten in zahlreichen systemrelevanten Bereichen – darunter Energieversorgung, öffentlicher Verkehr, Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, gemeinnütziger Wohnungsbau, Gesundheit, Bildung und digitale Infrastruktur – den Zugang zu essenziellen Dienstleistungen für Millionen von Bürgerinnen und Bürgern. In urbanen Räumen sind kommunale Unternehmen Infrastrukturbetreiber:innen & Innovationsträger:innen. Sie stellen einen leistbaren Zugang zu den Dienstleistungen des täglichen Lebens sicher.

Gerade in Zeiten multipler Krisen – vom Klimawandel über geopolitische Instabilitäten bis hin zum demografischen Wandel – kommt den Städten eine zentrale Rolle bei der Umsetzung europäischer Ziele zu. Ohne starke kommunale Akteure, ohne handlungsfähige Städte und ohne ausreichend ausgestattete öffentliche Unternehmen können die klima- und energiepolitischen Transformationen Europas nicht gelingen.

Entflechtung der Förderlandschaft und Abbau bürokratischer Hürden – für eine zielgerichtete Unterstützung der städtischen Daseinsvorsorge

Trotz zahlreicher EU-Initiativen im Bereich der Stadtentwicklung bleibt die Förderlandschaft für viele Städte und kommunale Unternehmen unübersichtlich. Programme wie InvestEU, die Städte-Mission oder das Neue Europäische Bauhaus sind häufig auf Großstädte mit einer hohen Verwaltungskapazität ausgerichtet. Kleinere Städte und gemeinwohlorientierte Betreiber werden hingegen selten direkt adressiert, obwohl gerade sie zentrale Träger der urbanen Daseinsvorsorge sind. Zum anderen sind für große kommunale Unternehmen auch langfristig planbare, hochdotierte Förder- und Investitionsprogramme notwendig, um Infrastrukturprojekte, die sich über mehrere Jahrzehnte erstrecken, umsetzen zu können.

Aus Sicht des VÖWG ist in der nächsten EU-Agenda für Städte daher eine gezielte Neuausrichtung erforderlich: Die EU-Förderpolitik sollte öffentliche und kommunale Unternehmen, insbesondere jene, die wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge tagtäglich gewährleisten, einbinden und als operative Umsetzer priorisieren. Dies sollte nicht durch neue Programme, sondern durch besser koordinierte und zugängliche Strukturen erfolgen.

Der VÖWG fordert für die EU-Agenda für Städte:

- Zugeschnittene Förderprogramme für kommunale Unternehmen in Bereichen wie Mobilität, Wohnen, Energie und Gesundheit sind dringend angeraten. Darüber hinaus sind eine einfachere Antragstellung und begleitende Beratungsstrukturen („One-Stop-Shops“) erforderlich – insbesondere für kleinere Städte. Für kommunale Unternehmen ist insbesondere eine langfristige Planbarkeit durch stabile Fördermechanismen statt einer kurzfristigen Projektlogik wichtig. Ferner müssen Förderungen am Anfang der Wertschöpfungskette ansetzen, um Transformationen realisierbar zu machen. Zusammenfassend ist eine Bündelung statt Fragmentierung der Programme erforderlich, die sich auf die Bedürfnisse kommunaler Strukturen fokussiert.

Zukunftsfähige Städte benötigen gezielte Investitionen in die öffentliche Infrastrukturen der Daseinsvorsorge

Wenn europäische Städte auch in Zukunft lebenswert und resilient bleiben sollen, sind Investitionen in ihre Infrastrukturen unerlässlich – vom Wohnbau über die Energieversorgung bis hin zu Mobilitätsknotenpunkten. Diese Investitionen sichern die Versorgungssicherheit und sind ein Axiom für den sozialen Zusammenhalt und die Umsetzung der Klima- und Energieziele der EU.

Der VÖWG fordert für die EU-Agenda für Städte:

- **Bezahlbarer Wohnraum ist eine zentrale Infrastrukturaufgabe**, denn gerade in wachsenden Städten steigen gemäß der Marktlogik die Mieten und Bodenpreise unaufhaltsam. Der gemeinnützige und kommunale Wohnbau, wie er in Österreich und insbesondere in Wien seit Jahrzehnten erfolgreich praktiziert wird, bietet ein stabiles, kostendeckendes Modell für langfristige Leistbarkeit. Die EU-Städteagenda sollte diese Akteure aktiv darin fördern, beispielsweise durch gezielte Investitionsprogramme und eine politische Aufwertung des „gemeinnützigen Wohnungsbau“ als tragfähiges Modell für Europa.
- **Klimaanpassung und Energiewende brauchen lokale Investitionsspielräume**: Städte stehen vor besonders anspruchsvollen Aufgaben bei der Anpassung an den Klimawandel – etwa durch die Bewältigung von Extremwetter, Hitzeinseln oder Starkregen. Gleichzeitig spielen sie eine zentrale Rolle bei der Energiewende, insbesondere durch ihre kommunalen Versorgungsunternehmen. Diese stehen vor der Aufgabe, die Energieversorgung nachhaltig umzubauen und zu dekarbonisieren. Der dafür nötige Ausbau der Fernwärme, der Einsatz dezentraler Speichertechnologien und die Integration erneuerbarer Energien erfordern erhebliche Investitionen, technisches Know-how und Planungssicherheit. Hier sollte die EU-Städteagenda ein klares Signal setzen und gezielte Investitionsspielräume für Städte schaffen.
- **Mobilitätswende ermöglichen – Urban Nodes stärken**: Der öffentliche Verkehr bildet das Rückgrat nachhaltiger Mobilität und gerade an den städtischen Knotenpunkten entlang des TEN-T-Netzes, den sogenannten Urban Nodes, sind Investitionen in multimodale Schnittstellen, barrierefreie Infrastrukturen und intelligente Verkehrssteuerung notwendig. Diese Maßnahmen sind nicht verkehrspolitisch als auch sozial- und klimapolitisch hoch relevant.

Zusammenfassung

Die Städteagenda der Europäischen Kommission bietet die Chance, Städte und kommunale Unternehmen als zentrale Akteure der europäischen Transformation strategisch zu stärken. Aus Sicht des VÖWG sind öffentliche und kommunale Unternehmen wesentliche Bausteine für die Umsetzung der Klima-, Energie- und für die sozialen Ziele Europas unverzichtbar. Sie sichern die Daseinsvorsorge in Bereichen wie Energie, Verkehr, Wasser, Wohnen, Gesundheit und Bildung.

Damit Städte dieser Rolle gerecht werden können, ist gezielte Unterstützung erforderlich. Der VÖWG fordert für die EU-Agenda für Städte:

- **Förderlandschaft vereinfachen:** Die Vielzahl bestehender EU-Instrumente ist fragmentiert und oft nicht auf die Bedürfnisse kleinerer Städte und kommunaler Unternehmen zugeschnitten. Der VÖWG fordert daher maßgeschneiderte Programme, langfristige Förderinstrumente und einfachere Zugänge – insbesondere durch One-Stop-Shops und eine klare Bündelung bestehender Initiativen.
- **Investitionen ermöglichen:** Die Städteagenda sollte als Investitionsagenda verstanden werden. In diesem Zusammenhang braucht es EU-weit strukturierte Förderungen und Finanzierungsprogramme für die Daseinsvorsorge, insbesondere in den Bereichen leistbares Wohnen, Klimaanpassung und Energieversorgung sowie nachhaltige Mobilität. Darüber hinaus braucht es ein Bekenntnis zu öffentlichen Wasser- und Abfallbetreibern sowie zu öffentlichen Gesundheitsdienstleistungen, die für die breite Öffentlichkeit zugänglich und leistbar sind.

Die neue EU-Städteagenda sollte daher die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Städte langfristig in lebenswerte, sozial gerechte und klimafitte Infrastrukturen investieren können. Dafür sind klare politische Zielsetzungen, verlässliche Finanzierungswege und die strukturelle Einbindung öffentlicher und kommunaler Akteure notwendig.

Inhaltliche Verantwortung
Jeremias Jobst, MA MSc (WU)

Wirtschaftspolitik

+43-1-4082204 – 26

jeremias.jobst@voewg.at